

Zusammenfassung und Fazit der Arbeitstagung 2021

Oberthema der Tagung waren die Folgen der Corona-Pandemie für Einkommen, Vermögen und Arbeitsmarkt. Diese Folgen wurden breit diskutiert.

Am ersten Tag der Tagung hat uns der Jenaer Soziologe Steffen Liebig verdeutlicht, dass die Corona-Pandemie und ihre sozialen Folgen keinen totalen Bruch in den Verhältnissen verursacht hat, sondern bestehende Ungleichheiten und Spaltungen verstärkt hat. Es lässt sich für die Bundesrepublik seit längerem eine Dreiteilung des Arbeitsmarktes beobachten. Während in der von der Soziologie für die oft als „Kernbelegschaft“ bezeichnete Gruppe z. B. Tarifverträge, unbefristete Arbeitsverhältnisse mit vergleichsweise guten Löhnen und guter Arbeitsplatzsicherheit bestehen, stellt sich für die zweite Gruppe die Situation schon deutlich schlechter dar. Die Arbeitsverhältnisse dieser oft als „Randbelegschaft“ bezeichneten Gruppe sind z. B. wesentlich unsicherer, der Lohn ist niedriger und basiert häufig auf einem Haustarif. Noch weiter am Rand der Gesellschaft existiert sodann eine Zone prekärer Arbeitsverhältnisse, die durch große Unsicherheit bzgl. Lohnhöhe und Sicherheit des Arbeitsverhältnisses gekennzeichnet ist.

Die Corona-Pandemie hat nun diese Segmentierung des Arbeitsmarktes weiter verstärkt. Die Krise wirkt dabei wie ein Katalysator. Die Zonen der Unsicherheit breiten sich insgesamt aus. Auch die Unterschiede zwischen den skizzierten Zonen verfestigen sich.

Was das „Hartz-IV-Regime“ betrifft, so ist das auch nicht neu. Bei Hartz IV inszeniert das aktivierende Arbeitsmarktregime der Jobcenter Erwerbslosigkeit als wiederkehrende Bewährungsproben für die Unterschicht. Diese muss unter Wettkampfbedingungen ihre Leistungsberechtigung nachweisen. Vielfältige Sanktionen und die Individualisierung der Ursachen von Erwerbslosigkeit schaffen ein Stigma Erwerbslosigkeit. Erwerbslosigkeit wird so zum moralischen Versagen umgedeutet.

Die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas. Sie macht bestehende Ungleichheiten sichtbar. Einsamkeit und Individualisierung verstärken das noch. Vor dem Virus sind auch nicht alle gleich. Das gilt z. B. in Bezug auf berufsbedingtes Erkrankungsrisiko und Möglichkeit zum Homeoffice, bezüglich der Mobilitätsmittel für Fahrten zum Arbeitsplatz und bzgl. Kurzarbeitergeld. So schützt das Kurzarbeitergeld die Randbelegschaften aufgrund deren niedrigerem Arbeitslohn deutlich schlechter als eigentlich gut verdienende Kernbelegschaften, bei Leiharbeitern ist Kurzarbeitergeld erst durch den Druck der Gewerkschaften zeitlich befristet eingeführt worden und greift z. B. bei Minijobber*innen und kleinen Selbstständigen gar nicht.

Durch Corona und die Folgen hat sich die Zahl der Arbeitslosen zeitweilig um mehr als 1 Mio. Menschen erhöht. Verlierer sind u. a. kleine Selbstständige gewesen. Ebenso Minijobber*innen, deren Zahl sich gegenüber vor der Krise um rund 500.000 verringert hat (das gilt bis heute) sowie Leiharbeiter*innen. Eltern mit kleinem Kind oder kleinen Kindern und Alleinerziehende waren aufgrund von Schul- und Hortschließungen sowie vergleichbarer Beschränkungen ebenfalls überdurchschnittlich belastet. Rund ein Drittel der Erwerbstätigen hat aufgrund der Krise Einkommensverluste hinnehmen müssen. Einzelne Branchen wie z. B. das Hotel- und Gaststättengewerbe waren besonders belastet. Auch Alg II-Beziehende waren besonders belastet, aufgrund von wegfallenden Jobs z. B. durch Wegfall von Freibeträgen für Erwerbstätigkeit, aber auch, weil ihre Corona-bedingten erhöhten Aufwendungen (Masken, usw.) nicht ausreichend ausgeglichen worden sind.

Es gibt allerdings auch Gewinner. Z. B. die Handelskonzerne einschließlich Amazon und Co. Ebenso die Superreichen (+ 9% Einkommen), vor allem wegen steigender Börsenkurse. Zudem auch die Gruppe der Vermieter*innen.

Der politischen Linken ist bisher keine Politisierung und Skandalisierung der Verhältnisse gelungen. Eine Profilierung in Fragen des richtigen Umgangs mit den gesundheitlichen Maßnahmen war kaum möglich. An effektiver Umverteilung ist bisher nicht gelungen.

Politische Schlussfolgerungen: Es sind sowohl Interventionen auf der nationalen Ebene wie auch bei den Gewerkschaften und auf der globalen Ebene nötig. Z. B. auf nationaler Ebene: Sanktionsmoratorium bzw. Abschaffung von Sanktionen; Entprekariisierung von Arbeitsverhältnissen; gesetzlicher Mindestlohn für alle; radikale Arbeitszeitverkürzung. Zudem beispielsweise mehr Aufklärung bei und durch die Gewerkschaften. Ferner auf globaler Ebene etwa die Aufhebung der Impfpatente und vieles mehr. **Generell wäre es wichtig übergreifende Forderungen zu entwickeln, die über die einzelnen schwachen Einzelgruppen hinausweisen.**

Sodann haben wir darüber diskutiert, wie wir diese Analyse einschätzen und was davon für uns besonders wichtig ist. Auf viel Zustimmung traf besonders die Einschätzung, dass es in der bundesdeutschen Gesellschaft eine starke Segmentierung in viele kleine Lebensbereiche gibt, die nur wenig Kontakt miteinander haben. Auch, dass es nicht nur in klassischen bürgerlichen Kreisen, sondern auch in manchen gewerkschaftsnahen Kreisen die Stigmatisierung erwerbsloser greift. Es wurde von unserer Seite auch versucht übergreifende Forderungen zu benennen. Z. B. Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, 600 Euro Regelleistung, Sanktionen abschaffen und Wohnungsfrage. Außerdem wurden auch Aktionsformen wie z. B. die solidarische Unterstützung und Begleitung von Betrieben, die von Schließung bedroht sind, ins Spiel gebracht.

A zweiten Tag hat dann Ralf Krämer von ver.di die öffentliche Daseinsvorsorge untersucht. Auch da lässt sich feststellen, dass aufgrund eines jahrzehntelangen Sparkurses schon vor Corona erhebliche Personallücken beispielsweise in den Bereichen Bildung, Erziehung, Krankenhaus/Gesundheitsdienstleistungen und Alterspflege vorhanden waren. Nach Einschätzung von ver.di fehlen insgesamt rund 1 Mio. Beschäftigte, deren Einstellung die verschiedenen staatlichen Ebenen überschlägig 60 Mrd. € im Jahr kosten würde. Weitere rund 45 Mrd. € jährlich müssten eigentlich staatlicherseits aufgewendet werden, um die verschiedenen Investitionslücken etwa in Bezug auf Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation zu schließen (z. B. bei Krankenhäusern, Gesundheitsämtern und im öffentlichen Nahverkehr). Wobei durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen die seit langem vorhandenen Probleme deutlicher sichtbar geworden sind.

Durch die Folgen der Corona-Krise wächst auch die öffentliche Verschuldung wieder, nachdem sie jahrelang relativ im Verhältnis zu den erwirtschafteten Waren und Dienstleistungen gesunken war. Eigentlich ist das aber kein Problem, denn die Verschuldung war zuletzt nicht hoch. Man könnte auch ganz einfach aus den Schulden wieder herauswachsen, denn durch die verschiedenen Investitionen wird ja auch zusätzliches Wachstum angeschoben. Unter den Bedingungen der Schuldenbremse und dem des Drucks von Unternehmen und Reichen für niedrigere Steuern und Sozialabgaben (unterhalb der vermeintlich magischen 40%-Grenze vom Bruttolohn) stehen aber wohl erhebliche ideologische und politische Auseinandersetzungen sowie vielfältige Arbeitskämpfe an. Das gilt erst recht, wenn man bedenkt, welche Verbesserungen bei der Rente und für die Interessen von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten eigentlich erforderlich wären. Insgesamt aber, so Ralf Krämer, ist unter Berücksichtigung des vorhandenen privaten Reichtums in dieser Gesellschaft für all das genügend Geld vorhanden.

Daran anschließend hat Heike die Forderungen des bundesweit agierenden Bündnisses „AufRecht bestehen“ vorgestellt, an dem auch die KOS beteiligt ist. Mit den Forderungen soll ein „besseres Leben für alle statt wachsender Ausgrenzung und Armut“ erreicht werden. Konkret fordern wir u. a.:

- einen armutsfesten Mindestlohn;

- Stärkung der Arbeitslosenversicherung/ Arbeitslosengeld für alle Arbeitslosen;
- 600 Euro Regelleistung sowie Extraleistungen für Strom und für die Anschaffung von Haushaltsgeräten sowie grundsätzlich die Übernahme der vollen Unterkunftskosten im Rahmen einer Grundsicherung, die diesen Namen auch verdient.
- Abschaffung von Sanktionen.

Die Forderungen sollen eine Umverteilung von oben nach unten gewährleisten und die extrem ungleichen Verhältnisse skandalisierbar machen. Zudem könnten sie für viele Lebenswelten interessant sein und breite Bündnisse schaffen.

Unsere Forderungen könnten aufgrund der Diskussion vom Vortag noch erweitert werden um Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Entprekarisierung von Arbeitsverhältnissen und spezielle Hilfen für Alleinerziehende und Eltern mit minderjährigen Kindern. Ebenso können wir betonen, dass in Zusammenhang mit einer Regelleistungserhöhung auch das steuerliche Existenzminimum entsprechend angehoben werden muss. Ebenso, dass es einer Mietpreisbremse und ein Mehr an öffentlicher Daseinsvorsorge geben muss. Ziel: Verbreiterung von Bündnissen. Konkret müssen wir sehen, wann und wo welche Forderung passt.

Unsere Forderungen wollen wir in der anstehenden Aktionswoche vom 6. - 12. September auch lokal vorbringen, soweit dies trotz Vereinzelung und Rückzug der Betroffenen in der Corona-Krise möglich ist. Dazu gibt es viele gute Ideen der einzelnen Gruppen, die gestern in AGs zusammengetragen worden sind. Das betrifft neben materiellen Forderungen außerdem auch die nach einer besseren Erreichbarkeit der Jobcenter, d. h. nach besserem Zugang für Erwerbslose. Auch dazu gibt es ein kurzes und knackiges Flugblatt der KOS, das dafür gerne verwendet werden kann.

Am heutigen letzten Tag haben wir außerdem eine Resolution für eine weitere finanzielle Bezuschussung der KOS durch die Gewerkschaften beschlossen. Auch dieser Zuschuss ist nicht erst aufgrund der Corona-Pandemie und ihrer sozialen Folgen notwendig. Auch diese Arbeitstagung hat aber wiederum notwendig gemacht, weshalb die KOS für die gewerkschaftliche Arbeit mit Erwerbslosen und prekären Gruppen wichtig ist und dass sie als Scharnier zwischen den Gewerkschaften und den Betroffenen notwendig ist, auch zu denen, die in gewerkschaftsnahen, aber unabhängigen Gruppen organisiert sind.

Die Debatte am letzten Tag der Arbeitstagung hat außerdem verdeutlicht, dass Erwerbslosenproteste und Stände vor den Jobcentern für alle Betroffenen eine große Bedeutung haben. Denn sie stärken die Sichtbarkeit der Gruppen und machen es Betroffenen niedrigschwellig möglich Informationen zu erfragen und darüber auch Kontakt aufzunehmen. Für die Ansprache neuer Leute und für die Organisation Erwerbsloser sind dies sehr wichtige Voraussetzungen.